

Frauenthema „Pflegeproblem“

Pflegereform – Chance oder Falle für Frauen?
Kongress am 7. Dezember 2007 in Berlin

Christiane Schreiber



Vorsitzende der Kommission Ältere Menschen des djb; Rechtsanwältin, St. Wendel

Am 7. Dezember 2007 fand der von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Frauenrat veranstaltete Kongress zum Thema „Pflegereform – Chance oder Falle für Frauen?“ statt.

Elke Ferner, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und ASF-Bundesvorsitzende, stellte das Pflegereformgesetz der Bundesregierung vor. Die erste Lesung dazu fand am 14. Dezember 2007 im Bundestag und die Anhörungen im Januar 2008 statt.

Das Problem der Pflege sei weitgehend ein Frauenthema, denn ca. 80 Prozent der Pflegebedürftigen und 73 Prozent der Hauptpflegepersonen seien Frauen.

In dem anschließenden hervorragenden Referat „Neue Herausforderungen in der Pflege und wie wir uns ihnen stellen können“ wies die Altenpflegerin Martina Böhmer, belegt mit eindrucksvollen Bildern, auf, dass eine nicht zu übersehende Anzahl von Gepflegten in der stationären Pflege verhungern und verdursten, weil sie unversorgt sind. Die Ausbildung zu Ernährung und Dekubitusprophylaxe müsse verbessert werden.

Frau Böhmer verdeutlichte auch die Probleme bei den durch Gewalterfahrungen traumatisierten Frauen. Immerhin seien 1,5 bis 2 Millionen Frauen im Zuge des letzten Krieges oder der Flucht vergewaltigt worden. 25 Prozent aller Frauen in Deutschland seien von häuslicher Gewalt betroffen und auch während der Pflege käme es in beachtlichem Maße zu Gewaltanwendungen. Es wurde deshalb gefordert, bei der Pflege stärker auf die Traumatisierung aus der Lebensgeschichte Rücksicht zu nehmen. Dazu gehört, dass der Anspruch auf eine „nach Möglichkeit gleichgeschlechtliche Pflege“ in eine Verpflichtung geändert wird.

Anschließend fand ein sogenanntes „World-Café der Pflegewelt“ statt, wobei die Probleme und Erfahrungen in kleinen Runden diskutiert werden konnten.

Am Nachmittag fand eine Podiumsdiskussion zu der Frage „Entsprechen die vorgesehenen gesetzlichen Regelungen den Erfordernissen und Erwartungen?“ statt.

Martina Böhmer sprach sich erneut für eine Erweiterung der Expertenstandards um die Probleme von gewalttraumatisierten Frauen und Männern aus.

Rainer Lachenmayer vom paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e.V., kritisierte die beabsichtigte Einrichtung von Pflegestützpunkten, weil diese nicht zur Pflege gehören sondern Angelegenheit der GKV seien.

Martina Puschke vom Weibernetz forderte mehr Beachtung des Selbstbestimmungsrechts in der Pflege.

Mechthild Rawert, MdB und Mitglied der Ausschüsse für Gesundheit sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, sah die Notwendigkeit, für den geplanten 10tägigen Freistellungsanspruch einen finanziellen Ausgleich zu gewähren.

Helga Walter, Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen BAG LSV e.V., forderte, dass die Qualität in der Pflege sicherer werden und den in der Charta erarbeiteten Bedingungen entsprechen solle.

Wiederholt wurde von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Überarbeitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffes und des Begutachtungsverfahrens gefordert und die Einrichtung von Pflegestützpunkten kritisiert, nachdem die Stützpunkte nach SGB IX schon nicht funktioniert hätten.